

# Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

**Intervalle**  
werden in der Administration dieses Blattes (Hintergasse 9) angenommen;  
ferner bei den Annoncen-Expeditoren: in Budapest: Haasenstein & Vogler, A. V. Goldberger, in Wien: A. Oettel, Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, M. Dukes' Nachf. (Max Augenthaler & Emeric Lossner), H. Schalek, J. Danneberg; in Berlin, Hamburg, Paris: Haasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: Haasenstein & Vogler, G. L. Daube & Co.  
**Insertionspreis:**  
Der Raum einer einseitigen Carondelette kostet beim einmaligen Einrücken 7 fr., das zweite Mal 6 fr., das dritte Mal 5 fr. 6. B., excl. der Stempelgebühren à 30 fr.

Pränumerationspreis:  
in loco:  
Halbjährig . . . 10 fl. — fr.  
Vierteljährig . . . 5 — „  
Monatlich . . . 2 — „  
Mit Zustellung ins Haus, monatlich 1 — „  
Einzeln Nummern 5 fr.  
Mit Postverendung:  
im Inland:  
Halbjährig . . . 7 fl. — fr.  
Vierteljährig . . . 3 — „ 50  
im Ausland:  
Halbjährig . . . 9 fl. — fr.  
Vierteljährig . . . 4 — „ 50  
Für die Redaction verantwortlich:  
Friedrich Roth.  
Manuscripte werden nicht zurückgeleitet; unfrankierte Briefe nicht angenommen.

Pränumerations-Bureau: In Aediasq bei J. Hedrich's Erben, Buchbändler; in Mühlbach bei Herrn Josef Wagner, Kaufmann; in Klausenburg bei Herrn Johann Steln, Buchbändler; in Sikir bei Herrn M. Haupt, Buchbändler; in Kronfeld bei Herrn Heinrich Zeldner, Buchbändler; in loco, Unterstadt bei Herrn Ludwig Kurovsky, Kaufmann, Schmieggasse Nr. 17, woselbst die Abonnements-Beträge franco eintreten werden.

N<sup>o</sup>. 252. Hermannstadt, Donnerstag den 29. October 1896. 112. Jahrgang.

## Vanffy's Wagen.

Die Zeit der Elegien ist herangebrochen. Die oppositionellen Politiker, die bisher nur zu trohen und zu prahlen wußten, die stolz und furchtlos den Kampf predigten, haben die Streitflagge aus der Hand gelegt und rühren jetzt die Seiten der Harfe; sie singen schier herzbrechende Lieder dazu.  
Als am Schluß der Reichstagsperiode Ferdinand Szederlanyi den Ministerpräsidenten Vanffy wegen Auflösung des Reichstages interpellirte, warf Jener sich gar gewaltig in die Brust und sagte, wir fürchten die Wahlen nicht. Und die um ihn herum saßen, riefen einmüthig: „So ist es, wir fürchten uns nicht!“ Das Blatt wieder, welches Szederlanyi und Ugron am nächsten steht, geberdete sich ungemein kampfesroh.  
Dann, als der an die Wand gemalte Teufel wirklich erschien, als der Reichstag heimgeschickt ward, die Wahlbewegung mit voller Macht in Fluß kam und die kampfesmuthigen Reden gewannen, daß auch die Regierung den Kampf gegen die Opposition mit dem aufgebote ihrer ganzen Kraft aufnahm und das liberale Element sich in jedem Winkel des Landes selbst dort rüht, wo die liberale Partei bis jetzt noch keinen Candidaten aufzustellen wagte; kurz, als die Stunde strenger Abrechnung eingetreten war: da verkümmte plötzlich das Kriegshorn und an dessen Stelle trat das Instrument der Elegien: die Harfe.

Herrn von Ugron's „Magyarország“ lang mit trauriger Entfugung: „Menschen, Bürger, Wähler! Was bietet Euch Vanffy, daß Ihr gar so eifrig seinen Wagen schieben?“ Das ist ja eine Einbekenntung, daß die Leute Vanffy's Wagen schieben? Schau, schau, also man schiebt ihn, schiebt ihn derart, daß es schier „zum Verstand verlieren“ ist?

Herrn von Ugron's Sprachrohr beruft sich dann auf die Väter, Kinder und Enkel und beschwört sie, sie mögen doch das Vaterland den Oesterreichern nicht dadurch verrathen, daß sie sich dem verkaufen, der das Meiste bietet. Natürlich soll die Regierung gemeint sein, die das Meiste bietet, folglich die Seelen und die Mandate kauft.

Das ist allerdings ein trauriges Lied, wenn die Opposition die Wähler beschuldigt, daß sie das Vaterland um Geld verkaufen; so was zeugt unbedingt von einer Erbitterung, die dem sicheren Bewußtsein der Niederlage entspringt; so was ist der Anfang vom Ende. So was ist nichts Anderes, als vergebliches Mühen, ein Advocaten-Kniff, um sich gegen die Geentualitäten der Zukunft zu rechtfertigen; so was bedeutet: die Ursachen des sicheren Sturzes in allem Möglichen auf der Welt suchen: in der Regierung, in den Wählern, in der Corruption, — nur im eigenen Verschulden nicht.

Das Verschulden tragen aber die Herren von der Opposition selbst, ganz allein. Sehen wir nur, was die oppositionellen Abgeordneten im verflochtenen Reichstag Großes verrichtet haben. Ihr unerträgliches Betragen und ihre fortwährende Stänkereien haben jede intensivere Arbeitsamkeit unmöglich gemacht. Worte, und zwar zumest inhaltslos und unnütze haben sie unablässig verschwendet; obstruirt haben sie; jeder Vorwand war ihnen gut, um ihr unwürdiges Vorgehen zu rechtfertigen. Man erinnere sich nur an die Verhandlung des letzten Budgets. Sie tödteten mehr als sechs Monate, um einen Vorschlag durchzubringen, wie ein günstigerer seit der verfassungsmäßigen Aera dem Gesetzgebungsorgan noch nie vorgelegen war.

Sie haben die Obstruction bei jedem Anlaß und in jeder Form getrieben, und wenn ihnen Jemand einen Vorwurf machte, so leugneten sie

Alles mit dreister Stirn ab. Sie sagten, daß sie eingehend und gewissenhaft berathen, doch nicht obstruiren. Diese feivole Komödie hat Rezens erregt in der ganzen Welt. Ihr Benehmen — die Herren können sich ganz genau entfinden, sie brauchen nur zu wollen — kam auch in den Municipien zur Sprache, von wo dann Repräsentationen kamen, die durch Sie, meine Herren, verurtheilte Unfruchtbarkeit der Legislative möge durch nützlichere Arbeit abgelöst werden.

Außer der Schöpfung der kirchenpolitischen Gänge konnte der verflochtene Reichstag wegen der Opposition keine andere nützliche Arbeit thun. Seine Thätigkeit mußte sich sozusagen nur auf die Bekämpfung des Tagesbedarfes beschränken.

Und jetzt fragen Sie in elegischem Ton die Wähler, warum diese so eifrig Vanffy's Wagen schieben? Die Wähler schieben diesen Wagen nicht ohne Ueberlegung, sondern mit nächstem, hellem Kopf; nicht die Corruption, nicht die Gewaltthätigkeit der Macht, nicht das Geld zieht sie in Vanffy's Lager, sondern der Umstand, daß das Land die Unfruchtbarkeit und die unfruchtbareren Politiker und deren nichtsnützige Phrasendrescherei bis zum Stel überjagt bekommen hat und fortan ein berufenes, arbeitendes Parlament haben will. Die Wähler können sich doch nicht dem Lager Derjenigen anschließen, die jede Thätigkeit des Parlaments in cynischer Weise lahmlegen wollen. Deshalb neigen die Wähler Vanffy zu und wenden sich von Ihnen ab, weil das Land die Zeit der Schöpfungen inauguirten will.

Die Herren mögen also nicht elegisch heuchlerisch die Augen verdecken, nicht die Regierung und die Wähler der Corruption beschuldigen, denn das Urtheil, welches die Wähler jetzt fällen werden, haben Sie selbst verdient. Für die Unfruchtbarkeit des verflochtenen Reichstages, für die dem Lande gestohlene theure Zeit muß Jemand büßen. Und dieser Jemand kann kein Anderer sein, als die Opposition, welche sich zum Lebensziel die Vereitelung aller nützlichen Thätigkeit gesetzt hat.

Sehen Sie nun, warum die Wähler Vanffy's Wagen und nicht den Wagen der Opposition schieben?

## Nachtrag zur Reichstagswähler-Verammlung am 25. October l. J. Rede des Dr. Heinrich Schwidker. „Geehrte Wählerversammlung!“

Der vereinigte Kreisaußschuß der Hermannstadt-Großauer Wahlkreise hat mich aufgefordert, die Candidatur für den Großauer Wahlkreis anzunehmen. Ich habe diesem ehrenvollen Rufe Folge geleistet, und, indem ich hierfür meinen Dank ausspreche, bitte ich zugleich um die Erlaubniß, Ihnen in Kürze meine Ansichten über die politische Situation vorzutragen. Bevor ich indessen diese Darlegungen zu machen mir erlaube, gestatten Sie mir, in wenigen Worten jenes Mannes zu gedenken, der vor mir dieses Mandat bekleidet hat, und einzustimmen in jene anerkanntesten Worte, welche der hochgeehrte Herr Präsident für ihn zum Ausdruck gebracht hat. Die Verdienste des Herrn Jozef Gull um sein Volk sind allgemein bekannt, und allgemein auch das Bedauern, daß Alter und Krankheit ihn hindern, seine öffentliche Wirkksamkeit fortzusetzen. Ich schreibe mich dem Danke und der Anerkennung, welche hier zum Ausdruck gebracht wurden, aus vollem Herzen an.

Gestatten Sie mir auch, darauf hinzuweisen, daß ich mir schmeichle, in diesem Wählerkreise nicht ganz unbekannt zu sein, insofern meiner Wirkksamkeit als Vertreter eines anderen sächsischen Wahlkreises während der letztabgelassenen

zehn Jahre, sowie durch meine schon frühere Thätigkeit auf dem Gebiete der Publicistik und der literarischen Arbeit überhaupt. Eine nähere Erörterung der Grundzüge meiner bisherigen Thätigkeit ist hier wohl kaum nöthig. Meine Zugehörigkeit zur Regierungspartei berechtigt mich zu der Erklärung, daß das „Sächsische Volksprogramm vom Jahre 1890“ mit dem Programm der Regierung in Uebereinstimmung ist. Auf diesem Programm stehe ich und nach diesem will ich auch in Zukunft wirken, wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken.

Von welcher Art die Thätigkeit der sächsischen Abgeordneten während der abgelassenen Reichstagsperiode war, haben Sie gehört. Ich theile die Ansichten meiner beiden geehrten Vorgesetzten und bisherigen Abgeordnetencollegen und bin auch mit ihren Ausführungen hinsichtlich des nächsten Reichstages einverstanden.

Der künftige Reichstag, geehrte Wählerversammlung, wird sich außer dem Staatsbudget für das Jahr 1897 hauptsächlich mit drei großen Fragen zu beschäftigen haben: mit der Frage des Ausgleiches, mit der Verwaltung, und der Steuerreform, dann aber auch mit einer Reihe von Fragen, welche heute noch nicht ihrem wirklichen Wesen nach genau bestimmbar sind, sondern erst nur ihre Tendenzen andeuten.

Die glückliche Lösung der Frage des Ausgleiches ist nicht nur von hoher wirtschaftlicher Bedeutung, auf welche Herr Dr. Meißel hingewiesen hat, sondern es hängt die Lösung dieser Frage auch mit jenem großen Staatsacte vom Jahre 1867 zusammen. Meiner Ueberzeugung nach mußte eine Trennung der beiden Staaten der Monarchie auf wirtschaftlichem Gebiete unabwieslich auch eine Voderung jenes staatsrechtlichen Bundes zur Folge haben. Deshalb kann ich nur wiederholen, was auch in unserem Programm angedeutet ist, daß jeder Versuch einer solchen Voderung bekämpft werden müsse. Der 1867-er Ausgleich hat beiden Theilen der Monarchie genügenden Spielraum zur fortschrittlichen Entwicklung gelassen. Wir leben, daß in diesem staatsrechtlichen Rahmen auch unser Vaterland große, erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Ich weise hier auf die Millenniumsausstellung und die dort ausgestellten Objecte, die jedem Besucher die Ueberzeugung beibringen müssen, daß in der Bevölkerung Ungarns der Fleiß, die Intelligenz und die Geschicklichkeit, aber auch der Wohlstand und die Bereicherung des Lebens einen kräftigen Fortschritt genommen haben; daß wir uns hier in aufsteigender Richtung bewegen. Diese Ausstellungen in ihrer historischen und modernen Abtheilung beweist aber zugleich, wie dieser Fortschritt nicht das Werk eines Theiles der Bevölkerung war, sondern als das erfreuliche Resultat der gemeinsamen Arbeit der Gesamtbevölkerung zu betrachten ist.

Beil dem also ist, so geht daraus auch hervor, daß die in Natur und Wesen gegründete Gleichberechtigung nicht nur ein Postulat der einfachen Gerechtigkeit, sondern auch eine Nothwendigkeit zur Erhaltung und zur culturellen Weiterentwicklung unseres Staates ist.

Verschrieben in Sprache und Confession, bilden diese Nationalitäten doch einen geeinigten Bund im Dienste des Vaterlandes, dessen blühendes Gedeihen im Interesse Aller liegt. Die Feier des taufendjährigen Bestandes dieses Vaterlandes bildet darum gleichfalls eine gemeinsame Angelegenheit, an der jeder Volkstamm des Landes mit gleichem Rechte seinen Antheil nimmt. Das siebenbürgisch-sächsische Volk hat dieses sein Recht sich nicht verkümmern lassen. Die Sächsen sind keine bloß geduldeten Bewohner in diesem Lande, keine Staatsbürger zweiter Classe und wollen es nicht sein; sie beanspruchen auf Grund ihres mehr als siebenhundertjährigen Rechtes und ihrer stets bewiesenen Treue für König und Land, wie ihrer vielfeitigen erfolgreichen Cultur die uneingeschränkte Anerkennung und Würdigung als Vollbürger dieses Staates, den sie mitgeschaffen, miterhalten haben und deshalb auch ihr Staat, ihr Vaterland ist und bleibt.

Es mag trivial erscheinen, immer wieder von der Gleichberechtigung der Nationalitäten zu sprechen, weil dies wohl etwas Selbstverständliches sein sollte. Daß es dennoch nöthig ist, gehört zu den unerfreulichsten Erscheinungen in unserem politischen Leben.

## Feuilleton.

### Der Herr Präsident. Criminal-Novelle von Adolf Streckfuß. (5. Fortsetzung.)

Und sochem Zimmerleben gegenüber die Zukunft des kräftigen, lebensfrischen Mannes, dem ein Pistolenschuß ein Ende machen sollte, weil ein tödliches Mißgeheiß den Tod des Greises verbot! Diese Zukunft, wie glanzvoll lag sie vor dem Präsidenten! Er sah sich als Minister den ganzen Staat beherrschend, hoch geachtet und geehrt vom Monarchen und geehrt vom Volk.

Nein, kein Mißgeheiß! Immer fester wurde sein Entschluß, immer mehr reifte der anfangs kaum flüchtig gedachte Plan der Ausübung entgegen. Es sollte geschehen; aber jede Vorsichtsmaßregel mußte genommen werden, um der Möglichkeit einer Entdeckung vorzubeugen.

Der Präsident verließ mit leisem, geräuschlosem Schritt sein Zimmer, er schlich sich nach dem Gesellschaftssaal. Von einem Fenster desselben konnte er, über einen freien Platz fort und durch eine Häuserreihe, hinüberblicken nach den hinteren Fenstern des Regierungsgebäudes. Es war Nacht im Ossenzimmer. Der Rentant arbeitete also noch.

Kein Jäger! Was geschehen sollte, mußte bald geschehen. So geräuschlos wie er gekommen, schlich der Präsident in sein Arbeitszimmer zurück. Er öffnete eines der nach dem Garten hinausgehenden Fenster. Er wollte das Haus verlassen, ohne daß seine Tochter oder die Dienerschaft es bemerkten; aber als er aus dem Fenster schaute, mußte er sich überzeugen, daß ein Sprung in den Garten unausführbar ist. Die Höhe war zu bedeutend, auch konnte er nicht durch das Fenster in das Arbeitszimmer zurückkommen. Er mußte sich daher schon entschließen, die Villa auf dem gewöhnlichen Wege zu verlassen, nur wählte er die Hintertür, die nach dem Garten hinausführte.

Er er seine Wanderung antrat, suchte er nach einer Waffe. Er zog aus dem Schreibtisch einen Kasten, in welchem er allerlei Geräthschaften aufbewahrte; aus ihnen wählte er einen schweren Hammer mit kurzem Stiel, den er bequem in die Tasche stecken konnte; außerdem nahm er ein Jagdmesser mit breiter, an der Spitze zweischneidig gekliffener Klinge. Er steckte den Hammer einsteckte, wog er ihn in der Hand, dann führte er mit ihm ein paar Probeschläge in der Luft.

Zufällig fiel, indem er es that, sein Blick auf den zwischen beiden Fenstern hängenden Spiegel. Er schauderte zurück vor dem eigenen Bild. Das bleiche, schone und doch so entsetzliche Gesicht, welches ihm das Spiegelbild zeigte, der in trostiger Entschlossenheit fest zusammengepreßte Mund, die hohe, weiße Stirn, über welche die dunklen Locken herabhingen, das blitzende, weitgeöffnete schwarze Auge floßten ihm Grauen ein.

Sein Entschluß wurde wieder wankend: das Mitleid für den alten Mann, der ihm stets so freundlich diensthilffig gewesen war, der sich ihm Jahre lang als der liebenswürdigste, fleißigste und treueste Untergebene gezeigt hatte, wurde noch ein Mal in ihm rege. Wie oft hatte er sich freundschaftlich, ja selbst vertraulich mit dem tüchtigen Beamten unterhalten, und jetzt —

Er ließ den Hammer niederfallen. — Wieder trat er seine Wanderung durch das Zimmer an, wieder zermartete er sein Hirn, um ein anderes Mittel der Hülfe zu finden; aber alles Sinnen war vergeblich. — Er oder Jener! Leben um Leben! „Es muß sein!“ murmelte er. Zwar seufzte er tief, zwar wollte ihm der Gedanke an die furchtbare That das Herz brechen; aber sein Entschluß war gefaßt und er schritt nun, ohne länger zu zögern, zur Ausführung.

Er strich den Hammer in die Brusttasche des Ueberrockes, den Stiel nach oben, so daß er ihn mit einem Griff hervorziehen konnte; das Jagdmesser verbergte er in der rechten Tasche des Beinleides. Dann schlich er auf den Zehen, so leise, daß Niemand im Hause ihn hören konnte, über den Vorplatz die Hintertreppe hinab. Die Thür nach dem Garten wurde stets von innen verschlossen. Es gelang ihm, sie ohne Geräusch zu öffnen, den Schlüssel abzugeben und von außen zuzuschließen.

Eiligen Schrittes ging er durch den Garten. Hier hatte er keine Entdeckung zu befürchten, denn unter dem Laubengang, der von hohen, blätterreichen Kastanien gebildet wurde, war es so dunkel, daß ihn vom Hause aus Niemand beobachten konnte.

Ein enger Pfad führte von der Kastanien-Allee links ab durch das Gehölz nach einer kleinen, in der hinteren Gartenmauer befindlichen Thür. Den Schlüssel zur Gartenthür trug er stets bei sich, weil er diesen Eingang fast täglich benutzte, wenn er von dem Regierungsgebäude nach seiner Villa zurückkehrte.

Er trat aus dem Garten in eine enge, öde Gasse, welche sich hinter den Willen im Bogen hinzog, man nannte sie den Gartenweg; sie war von beiden Seiten durch langgestreckte Mauern begrenzt, nur da, wo sie auf den freien Platz am Thor mündete, standen ein paar ärmliche Häuser.

Das Glück begünstigte den Präsidenten. Niemand begegnete ihm weder in der Gasse, noch auf dem Thorplatz, noch in der abgelegenen, selbst bei Tage meist menschenleeren Straße, die vom Thorplatz nach dem Regierungsgebäude führte.

Er stand vor der Thür des alten Palastes. Noch einmal schaute er sich um, ob auch sein Eintritt nicht beobachtet werde; aber nirgends war ein Mensch zu sehen.

Jetzt bedurfte er keiner besonderen Vorsicht mehr, denn der saß taube Portier hörte weder das Öffnen, noch das Schließen der Thür, — das wußte der Präsident; war er doch erst vor vierzehn Tagen eines Abends nach dem Ossenzimmer gegangen, um dort noch mit dem uner-mülich fleißigen Rentanten eine wichtige Dienangelegenheit zu besprechen. Er hatte damals die Thür geöffnet und geschlossen; er war mit laut schallendem Schritt über den Flur und durch die Corridore gegangen, ohne daß der Portier ihn gehört hatte.

Mit festerer Hand öffnete er die Thür und es war fast eine unnöthige, übertriebene Vorsicht, daß er sie langsam und leise wieder zubrückte und daß er auf den Fußspitzen, ohne ein Geräusch zu machen, durch den Flur schlich.

Die Gesamtheit auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens schon macht uns klar, daß diese Einigung nur möglich ist, wenn die geistige und sittliche Kultur gleichen Schritt mit einander halten. An dieser geistigen und sittlichen Kultur wirken ebenfalls alle Stämme und Nationalitäten mit. Die Nationalitäten haben demnach nach natürlichem und politischem Rechte die Befugnis, zu verlangen, daß man sie in der Ausgestaltung ihrer Eigenart nicht allein sich ruhig entwickeln lasse, sondern daß der Staat selbst es als seine Pflicht anerkenne, die nationale Kultur unter seinen Volkserziehungspflichten zu fördern, weil ja die Mittel zur Förderung des Staatsganzen aus den Tathaten der Nationalitäten herrühren.

Ich werde diesem Postulat der Gerechtigkeit stets das Wort reden und dafür einstehen.

Daß die Siebenbürger Sachsen ihre nationalen Güter zu höchst achten und sich diese weder schmälern, noch gar sich entziehen lassen wollen, bedarf in diesem Kreise keiner besonderen Betonung. Die Verteidigung, der Schutz und die fortentwickelnde Pflege der nationalen Güter muß jedem lebensfähigen Volke als die erste Pflicht erscheinen; und zwar die möglichst gleichmäßige Fürsorge sowohl für die materiellen als für die geistigen und moralischen Güter eines Volkes. Da ist es nun eine überaus erfreuliche Thatsache, daß im sächsischen Volke, namentlich während des letzten Decenniums, die nationale Reformarbeit der materiellen und der geistigen Kultur in der gleichen Weise zugewandt wurde. Das verbürgt einen gesunden Fortschritt, das ist die richtige nationale Politik.

In naher Zukunft dürfte es notwendig sein, daß wir den wichtigsten Gütern des Volkes ein gefestigtes Augenmerk widmen müssen; denn es lüden in unserem öffentlichen Leben Strömungen und Bestrebungen obenauf zu kommen, deren Verwirklichung wir als schwere Bedrohungen der geistigen Nationalgüter, namentlich der Schule und Kirche, empfinden müßten.

Die Lösung, welche bei einem großen Theile der Bevölkerung reichlichen Beifall findet, ist die Verstaatlichung. Man glaubt hierin nicht nur die Mittel zur besten Lösung der Aufgaben des Staates im Allgemeinen gefunden zu haben, sondern man meint dadurch die sozialen Uebel am besten heilen zu können.

Der nach Omnipotenz strebende moderne Staat sucht einen Kreis der selbständigen gesellschaftlichen Lebens nach dem andern in das Bereich seiner allein maßgebenden Macht hereinziehen und erheischt für seine Vorschriften und Verfügungen unbedingte Gehorsamkeit. Unseren Staat leitet bei diesen Bestrebungen noch das bedauerliche Mißtrauen, das gegen die im Lande wohnenden verschiedenen Nationalitäten und Confessionen meist künstlich hervorgerufen und unterhalten wird. Wenn Nationalitäten und Confessionen dem Staate gegenüber als etwas Fremdartiges hingestellt werden, was bleibt der Inhalt dieses Staates? Diese willkürliche Gegenüberstellung von Staat und Nationalitäten und Confessionen betrachte ich als eine eminente Gefahr für den inneren Frieden wie für das Gedeihen unseres Staates. Und welche Verantwortlichkeit ladet dieser omnipotente Staat durch diese Verstaatlichungslust auf sich! Denn eine solche irdische Vorlesung, die da glaubt, Alles thun zu können, muß auch die Verantwortung für Alles auf sich nehmen. Und doch gibt es noch viele und weite Kreise des öffentlichen Lebens, wo der Staat allein nicht ausreicht, wo er auf die werththätige Mithilfe der Gesellschaft angewiesen ist.

Nichts ist gefährlicher, als das Princip der Verstaatlichung auf dem Gebiete des geistigen Lebens. Es bedeutet hier eine Entwürdigung der Entwicklung und der geistigen Fruchtbarkeit. Man kann den Geist nicht nach Commando drillen, noch der Schablone dirigieren. Freiheit und Selbstständigkeit sind die Grundbedingungen des fortschreitenden geistigen Lebens.

Die Quellen, aus denen das selbstständige Volksleben seine geistige Hauptnahrung schöpft, ist die Familie, die Gemeinde, die Kirche und die Schule und die aus diesen Factoren hervorgegangene geistige Production, welche befruchtend auf das Volk zurückwirkt.

Als Mann der Schule, der den besten und schönsten Theil seines Lebens im Dienste des öffentlichen Unterrichts verlebt hat, gestatten Sie mir, daß ich bei diesen Fragen über Schule und Unterricht etwas länger verweile. Die Schule kann nur dann und nur dort segensreich wirken, wo sie mit dem Volksleben in innigstem Zusammenhange und lebendigem Verkehr sich befindet. Eine Jugendbildung, welche ihren Zusammenhang mit dem lebendigen Volksthum verloren hat, muß abbrechen oder sich nach gefährlichen Richtungen nach dem Cosmopolitismus oder dem Nihilismus wenden.

Er hatte im Dunklen langsam schon ein paar Schritte gemacht, da wurde er plötzlich durch das Anschlagen eines Hundes erschreckt. — Bestürzt blieb er stehen; aber der Hund beruhigte sich nicht, er erhob ein wildes Gebell und gleich darauf öffnete sich die Thür der Portierstube.

„Rufst Du, Sultan! Nieder mit Dir. — Wer kommt hier noch so spät Abends?“ rief der Portier, indem er mit einer Lampe in den dunklen Flur hinausleuchtete. — „Ach, der Herr Präsident sind es, bitte tausend Mal um Verzeihung,“ sagte er, seinen Vorgesetzten erkennend, hinzu, indem er sich respectvoll tief verbeugte. — „Nieder mit Dir, Sultan! Will denn das abscheuliche Thier gar nicht mit Wella aufhören!“

Der Präsident war keines Wortes mächtig. Ein ungeahntes Hinderniß hatte plötzlich seinen wohl angelegten, der Ausführung nahen Plan durchkreuzt und vereitelt. Sein letzter Halt im Leben war unrettbar verloren. Ein neuer Gedanke bligte in ihm auf. Krampfhaft griff er nach dem Dolchmesser. Er wollte sich auf der Portierstube stützen, ihn niederstoßen, aber schon im nächsten Moment mußte er den unsinnigen Plan aufgeben.

Ein Blick auf den großen, wüthend bellenden Hund, den der Portier nur mit Mühe am Halsband fest hielt und bändige, zeigte ihm, daß hier kein Sieg zu erringen sei; auch hörte er in der Portierwohnung schon das Anschlagen einer Thür und gleich darauf die Stimme einer Frau, welche ängstlich fragte: „Na, Anton, was ist hier los? Wer hat denn so spät etwas in der Regierung zu suchen?“

„Als was verloren! Nur mit Mühe gelang es dem Präsidenten, seine Selbstbeherrschung wieder zu gewinnen. Er ließ das schon ergreifene Jagdmesser wieder los, und sich gewaltiam zu einem ruhigen Tone zwingend, sagte er: „Guten Abend, Hartwig. Ist der Herr Rentant vielleicht noch im Caffezimmer?“

„Wie befinden? Bitte um Entschuldigung; aber ich höre etwas schwer.“

„Ist der Rentant noch im Caffezimmer?“ wiederholte der Präsident sehr laut.

„Ja freilich! Deßhalb ist ja die Thür noch auf. Der Herr Rentant arbeitet noch.“

„Das ist mir lieb. Wenn er herunter kommt, sagen Sie ihm nur, ich würde morgen nicht auf die Regierung kommen, er möge mir die Anweisungen in meine Wohnung schicken.“

„Zu Befehl, Herr Präsident.“

„Sie haben sich da einen sehr wüthenden Hund angeschafft. Dies hätte ohne Erlaubnis nicht gesehen dürfen. Wozu und seit wann haben Sie das Thier?“

„Seit heut' Mittag, Herr Präsident. Der Herr Rentant arbeitet jetzt noch oft spät Abends in der Caffee, da muß denn die Thür offen bleiben, bis er geht. Weil ich nun ein Bißchen schwerhörig bin, habe ich gedacht, es könnte mal Abends irgend ein Dieb sich einschleichen; ich konnte gerade einen wachsamem Hund kaufen, da hab' ich es gethan in der Hoffnung, der Herr Präsident würden es gnädigst erlauben; wenn es aber nicht gemein ist —“

„Schon gut. Sie mögen meinethwegen den Hund behalten. Nichts Sie meine Bestellung an den Herrn Rentanten aus. Gute Nacht!“

„Mich gehoramt zu empfangen.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Schule, und vor Allem die Volksschule muß einen volksthümlichen, einen nationalen Charakter besitzen. Nach den in unserem Vaterlande geltenden gesetzlichen Vorschriften für die Schule ist der Zustand der Schule, öffentliche Unterricht und seine Verwaltung, wie er heute besteht, ein erträglich. Man sollte erwarten, daß dieser Zustand aufrecht erhalten werden müßte, um die Arbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der öffentlichen Erziehung um so intensiver zu gestalten; denn darin gibt es noch sehr Vieles zu schaffen. Statt dessen begegnen wir in den letzten Zeiten, bei verschiedenen Gelegenheiten zum Theil von hervorragender Seite angeregt, Theorien, Anträgen, Reformplänen, die geradezu Bedenken erregen müssen. Es werden Schlagworte hinausgeschleudert, deren Sinn und Bedeutung nicht ganz deutlich sind. So ein Schlagwort ist „Einheitlichkeit des nationalen Unterrichts“. Wenn dieses Schlagwort verwirklicht werden soll, würde dadurch der Bestand der Schulanstalten der Nationalitäten der Confessionen des Landes ernstlich bedroht werden. Die „Einheitlichkeit“ im Unterrichte kann sich hinsichtlich des „patriotischen Geistes“ und der „correcten politischen Gesinnung“ vernünftiger und gerechter Weise doch nur darauf beziehen, daß in allen Schulen des Landes die Liebe zum Vaterlande, die Treue gegen den König und die Beobachtung und Erfüllung der gesetzlichen Staatsbürgerpflichten nicht nur gelehrt, sondern auch geübt werde. Der Patriotismus haftet weder am Worte noch am Glauben, sondern liegt in der Gesinnung, die durch die That zum Ausdruck gelangt. Darum werde ich einer solchen „Einheitlichkeit“, die eigentlich nur eine entnationalisirende Uniformierung des öffentlichen Unterrichts sein würde, niemals meine Zustimmung geben.

Die sächsische Schule ist eine volksthümliche, ist eine nationale Institution, nicht bloß nach ihrer Entstehung und Ausgestaltung, sondern auch Kraft des durch Staatsverträge und Staatsgesetze verbrieften guten Rechtes. Die siebenbürgischen Religionsgesetze, sowie auch das Uniongesetz vom Jahre 1868 garantiren dem sächsischen Volke und seiner evangelischen Landeskirche u. v. in Siebenbürgen den Besitz und die Autonomie auch im Unterrichtswesen. Das ungarische Volksgesetz vom Jahre 1868 und das Mittelschulgesetz vom Jahre 1883 gewähren diese Garantie der Schulgründung, Schulverwaltung und Schulverwaltung von Seite der autonomen Kirchen und Confessionen des Landes und das Volksschulgesetz proclamiert den Grundgedanke, daß jedes Kind, wo nur möglich, den Unterricht in seiner Muttersprache erhalten solle. Auch im Nationalitätengesetz des Jahres 1868 findet dieser Grundgedanke seine Beachtung. Wer nun die Absicht verfolgt, das Unterrichtsweisen Ungarns der uniformirenden und zugleich entnationalisirenden Verstaatlichung zu unterwerfen, der greift ganz unmittelbar diesen gesetzlichen und rechtmäßigen Zustand an.

Die angekündigte Revision der Volks- und Mittelschul-Gesetze, ja schon der etwaige Versuch einer Verstaatlichung der Lehrerbildung und Lehrbefähigung erregt die schwersten Bedenken. Der Lehrer ist die Seele der Schule, sein Geist und seine Lebensanschauungen gehen auf seine Schüler über, wurzeln sich hier ein und wirken bestimmend auf das Denken und Empfinden, auf das Thun und Lassen der kommenden Geschlechter. Darum kann und darf kein Volksthum, keine Kirche des Landes auf das gesetzliche Recht der autonomen Lehrerbildung und Lehrbefähigung verzichten, will sie ihre Schule und damit ihr Volks- und Kirchenthum nicht den größten Gefahren aussetzen.

An unseren Schulen als volksthümlichen, als deutschen Lehranstalten lassen wir nicht rütteln; da gibt es keinerlei Nachgiebigkeit, kein Transigiren, diese sächsische Schule muß in ihrer deutschen Natur und Eigenart erhalten bleiben. Die bestehenden Schulgesetze sichern dem Staat und seinen Organen auf allen Gebieten des niederen und höheren Unterrichtes einen völlig hinreichenden Einfluß, eine ausgiebige Aufsicht und Kontrolle, welche kein Vernünftiger schmälern will. Sollte man aber dieses Uebersichthaus zugunsten beabsichtigen, so entsteht der begründete Verdacht, daß es nicht pädagogische Motive oder wirkliche Staatsinteressen sind, die eine neuerliche Macht- und Staatsgewalt erheben, sondern ganz andere Tendenzen, denen vor Allem die nichtmagyarische Bevölkerung des Landes dienbar gemacht werden solle und gegen die der Kampf auf der ganzen Linie energig aufgenommen werden müßte.

Von nicht minderer Bedeutung für den geistlichen Fortbestand des sächsischen Volkes als eines deutschen Volkes in Ungarn ist die unverschiebliche Aufrechterhaltung der gesetzlichen Autonomie der evang. Landeskirche u. v. in Siebenbürgen.

Auf Volksthum und auf dem Glauben, den die Kirche verbreitet, baut sich das sächsische Volk in seinem geistigen Leben auf; nimmt man diesen Grundlag und Schutzwehren das Eine oder das Andere weg, dann muß das geistige und nationale Leben darunter unheilbaren Schaden leiden. Deßhalb ist es nöthig, nicht nur auf die Schule zu sorgen, sondern auch auf die Intacthaltung der Autonomie der Kirche, denn diese ist nicht nur die religiös-moralische Heilsanstalt, welche die Lehre des Evangeliums in den Herzen verbreitet und den Geist des Christenthums in lebendiger Wirklichkeit erhält, sondern diese Kirche ist zugleich eine eminent-nationale Institution, sie ist das einigende Band für das Volk, der Born des nationalen Bewußtseins, des Gehüßes der Zusammengehörigkeit in Namen, Sprache, Sitte und Glauben. Je kräftiger dieser Fort des sächsischen Volksthums besteht, desto wirksamer und segensvoller wird seine Thätigkeit sich entfalten können.

In nächster Zeit erheben sich auch gegen die ungeschmälerte Aufrechterhaltung der Kirchenautonomie allerlei Bestrebungen, oft unter der Marke der kirchenfreundlichen und mit dem Vorgeben, den Kirchen materielle und moralische Hilfe und Unterstützung bieten zu wollen. Die nach Omnipotenz strebende Staatsgewalt versucht trotz ihres confessionellen Charakters in das Innenleben der Kirche und Confessionen einzugreifen und selbst die Heranbildung der Geistlichen der einzelnen Kirchen und Confessionen an sich zu ziehen oder mindestens wesentlich zu beeinflussen. Nationales Volksthum und Confession können aber nur bestehen, wenn gleich der Jugend- und Volksbildung auch die Erziehung der Geistlichkeit der Eigenart des betreffenden Volkes und den Sagen und Einrichtungen der einzelnen Kirchen entsprechen. Volksthum und Glaube entfalten den Tiefen der Seele und wirken auf diese bestimmend zurück; beide gehen zu Grunde, wenn fremde Einflüsse und Elemente darin Platz greifen. Solange Schule und Kirche, diese beiden Schutzwehren des sächsischen Volkes, aufrechtstehen, solange kann das sächsische Volk in seinem nationalen Wesen nicht geschädigt, am wenigsten aber vernichtet werden.

Es sind schwerwiegende Probleme, welche durch das Schlagwort von der „Verstaatlichung des Unterrichtswezens“, von der „Nehrung des staatlichen Einflusses auf das Innenleben der Kirche und Confessionen“ auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt worden sind. Wir müssen ihnen offen in's Auge blicken und gegen sie Stellung nehmen. Dazu verweist uns auch unser Programm, welches erklärt, daß wir festhalten wollen an der Gleichberechtigung und gegenseitigen Rücksichtung der Religionsangehörigkeiten und an den dieselben verbürgenden siebenbürgischen Religionsgesetzen, unter deren Schutz die von der evangelischen Landeskirche u. v. in Siebenbürgen erhaltenen Schulen und das bestehende Recht der Heranbildung und Befähigung der Lehrer, sowie der Unterricht in der Muttersprache als ein unantastbares Gut gestellt sind und daß auch den neuerdings in die Öffentlichkeit getretenen entgegengesetzten Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten werden müßte. Wenn ich bei dieser Frage länger verweilt habe, so wollte ich darauf aufmerksam machen, was sich etwa in der Zukunft zeigen möchte und wie ich mich dann zu diesen Absichten und Bestrebungen verhalten würde. Es war auch bisher stets meine Aufgabe und Pflicht, das Schulwesen der Nationalitäten zu achten. Es hat doch jedes Volk ein von Gott gegebenes Recht, sich in seiner Eigenart zu entwickeln und zu behaupten, und das sächsische Volk hat das Recht auch kraft der positiven Gesetze und wenn das sächsische Volk an diesem Bestände festhalten soll, so ist das nicht nur ein ergebendes Beispiel, sondern für uns, als Ber-

treter des Volkes auch eine Aufmunterung. Der Abgeordnete hat vor Allem das Interesse des Staates im Parlamente zu vertreten. Das schließt aber nicht aus, daß er auch die Interessen seines Wahlkreises im Auge behalte. Das war auch bisher meine Anschauung, das soll auch in Zukunft meine Pflicht sein. Der sächsische Abgeordnete hat aber noch eine dritte Pflicht zu erfüllen, nämlich das Wohl und das Recht des sächsischen Volkes überhaupt zu fördern, zu verteidigen.

Wir Abgeordnete der sächsischen Wahlkreise suchten jederzeit gemeinsam, alle aufgetauchten Gefahren abzuwehren. Gemeinsam wollen wir auch in Zukunft vorgehen und nicht vergessen, daß nicht nur der einzelne Wahlkreis, sondern das ganze sächsische Volk ein Recht auf unsere Arbeit und Vertretung im Parlamente habe.“

### Politische Uebersicht.

Hermannstadt, 28. October.

Entgegen den Gerüchten, daß die Ehe des Kronprinzen von Italien die Einleitung zu einem Frontwechsel in der auswärtigen Politik Italiens bedeute, wird von hervorragender römischer Seite geäußert, der Czar sei seinerzeit von dem Project der Verlobung mit der Prinzessin von Montenegro erst verständigt worden, als die Sache zwischen den Höfen von Rom und Cetinje bereits abgemacht war.

Die Berliner Blätter erst citiren den peinlichen Eindruck, den die Enthüllungen des Hamburger Bismarckblattes über einen angeblichen Neutralitäts-Assecuranz-Vertrag Deutschlands mit Rußland in Wiener politischen Kreisen hervorgerufen haben, ohne sich insgesammt mit der Wiener Auffassung zu identificiren.

Das „Berliner Tageblatt“ und der „Börse-Courier“ erwarten von der Reichsregierung Erklärungen, die über die Vertragstreue Deutschlands keinen Zweifel lassen und jeden Argwohn zu zerstreuen geeignet sind. Die „Volkzeitung“ und die „Börsliche Zeitung“ bezweifeln die Aufrichtigkeit der ganzen Enthüllung; die „Volkzeitung“ nennt sie Winzmaderei; die „Börsliche Zeitung“ erachtet die Mittheilungen weder als geschichtliche Thatsachen, noch als Aeußerungen Bismarck's für beglaubigt. Man habe keinen Anlaß, dies als Zeugniß für die Doppelgängigkeit der deutschen Politik, auch nur unter dem ersten Kanzler, auszubuten. Wer die Ereignisse von 1887 und 1888 im Gedächtnisse habe, könne darüber nicht im Zweifel sein. Man wisse ferner, daß Rußland während der bulgarischen Krise in Rom eine geheime Eröffnung gemacht habe, durch die Italien Trübst angeboten worden sei, wenn es in einem Kriege Rußlands mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland sich auf Rußlands Seite stelle. Um dieselbe Zeit habe Frankreich unter den gleichen Bedingungen Italien den Vorschlag gemacht, ihm das Trentino zu sichern, Anträge, die damals Depretis loyal kurzer Hand abgewiesen habe. Angeht's all' dieser und anderer Thatsachen werde wohl Niemand die Welt glauben machen wollen, daß damals und noch bis zum Rücktritte Bismarck's zwischen Deutschland und Rußland ein Neutralitäts-Assecuranz-Vertrag auf Gegenseitigkeit bestanden habe. Wäre dies der Fall gewesen, hätte Deutschland sich wirklich verpflichtet, in jedem Kriege Rußland gegenüber unbedingt „wohlwollende Neutralität“ zu beobachten, dann hätten die österreichisch-ungarische Presse und die Diplomatie sich über eine beispiellose Felonie zu beklagen; aber diese Assecuranz, durch die das Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu Ungunsten Oesterreich-Ungarns außer Kraft gesetzt wäre, habe sicherlich nur in der Phantasie einiger Berichterstatter bestanden, die auf den Namen Bismarck's sündigen zu dürfen glauben.

Eigentümlich ist das Verhalten der bismarckfreundlichen Blätter. Die „Neuesten Nachrichten“ bleiben dabei, daß Caprioli jenes Einverständniß zu Gunsten eines freundlichen Einvernehmens mit England habe ausfallen lassen, und behaupten, daß die Initiative zu jener Abmachung von Rußland selbst ausgegangen sei, das zur Zeit der albanischen Verwicklung ein Interesse daran gehabt habe, sich der wohlwollenden Neutralität Deutschlands zu versichern, die im Umfange der russischen von 1870 zugestanden worden sein dürfte, wofür Rußland selbstverständlich entsprechende Gegenleistung geboten habe. Die „Nationalzeitung“ bezweifelt, daß ein solches Assecuranz-Abkommen bestanden habe, und meint, die „Hamburger Nachrichten“ hätten sich jedenfalls einer verfehlten Ausdrucksweise bedient. Nach Annahme des bismarckfreundlichen Hauptorgans der nationalliberalen Partei sei Bismarck in der Zeit, welche seiner Entlassung kurz vorherging, damit beschäftigt gewesen, die Fäden mit Rußland in demselben Friedensinteresse, dem auch der Dreibund zu dienen bestimmt sei, wieder anzufädeln; dieses Bestreben sei durch seinen Sturz damals zerföhrt worden.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“, die „Kreuzzeitung“ und die „Post“ hüllen sich heute noch in tiefes Schweigen.

Dem Festrausch ist in Frankreich nun wirklich der angekündigte Roter gefolgt. Uebellustig nehmen die Parteien ihren ewigen Hader an der Stelle wieder auf, wo die Ankunft des Czaren ihn unterbrochen hatte. Die Reactionäre höhnen die republikanischen Machthaber, die Radicalen fürchten, daß das Ministerium Méline aus dem Glanze des Czarenbesuches Capital schlagen und den Versuch machen werde, aus der Russenfreundlichkeit eine Wehr und Waffe gegen seine Angreifer zu schmieden. Die Regierungspartei befolgt, es könnten bei der Kammerdebatte über die Russenfrage ungeschickte Aeußerungen laut werden; ob diese Ungleichheit begründet ist, wird man ja bald erfahren. Immerhin dürfte das Cabinet in der kommenden Session, welche am 27. d. ihren Anfang genommen hat, einen schwereren Stand haben, als je zuvor. Auch die Madagaskarfrage wird genug Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen bieten, in der neuen Colonie herrschen ja bekanntlich heillos verworrene Zustände. Außerordentliche Maßregeln sind zu deren Beseitigung absolut notwendig, und die Kosten, welche diese verursachen, werden jedenfalls von der Kammer nicht allzu freudig bewilligt werden.

### Stimmen aus dem Publicum.

**Aviso für die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr!**  
Die ausübenden Mitglieder der Hermannstädter freiwilligen Feuerwehr haben am 29. October 1896 um 8 Uhr Abends zur General-Versammlung in voller Rüstung auf dem Rathhause zu erscheinen.  
Tagesordnung: Vorlage der neuen Dienstordnung und der Uebungs-vorschriften.  
Hermannstadt, 27. October 1896.  
Der Obmann: Josef Schuschnig.

### Local- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 28. October.

— (Reichstagsabgeordnetenwahlen.) Im hiesigen I. Wahlbezirk wurde Dr. Oscar v. Kellgi, im II. Wahlbezirk Friedrich Schreiber (Beide von der liberalen Partei) mit Acclamation zu Reichstagsabgeordneten gewählt.

In Buzakna wurde heute Gabriel Beyl (liberal) gewählt. Die Gegenkandidaten traten bald nach Beginn der Wahl zurück.

— (Von der l. u. g. Landwehr.) Major Alfus Tarjanyi wurde vom 6. zum 9. Honvéd-Fußaren-Regiment, der Hauptmann-Stabs-officier-Aspirant Heinrich Koncz von Nagy-Solyms vom 22. zum 24. Honvéd-Infanterie-Regiment verlegt.

— (Verlegung.) Der l. ung. Minister für Cultus und öffentlichen Unterricht hat den ordentlichen Professor Albert Felméri von der Csakathurner zur Klausenburger Staats-Verbreitungsanstalt verlegt.



